Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8431**
18. Wahlperiode 11.05.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 18/7988 –

Entwurf eines Gesetzes zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes

A. Problem

Nach Artikel 5 Absatz 2 des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) sollen die bisherigen gebührenrechtlichen Bestimmungen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern am 14. August 2016 zugunsten einer bis dahin zu erlassenden Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums des Innern außer Kraft treten. Dieser Zeitpunkt soll durch dieses Gesetz auf den 1. Oktober 2019 verschoben werden. Im Hinblick darauf, dass die Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums des Innern als Leitbild und Modell für die Besonderen Gebührenverordnungen im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts dienen soll, wird auch der Zeitpunkt des Außerkrafttretens der gebührenrechtlichen Bestimmungen im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts vom 14. August 2018 auf den 1. Oktober 2021 verschoben. Damit wird die notwendige Zeit eingeräumt, um den Besonderen Gebührenverordnungen der Ressorts eine an der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums des Innern orientierte möglichst einheitliche und transparente Struktur und Methodik zugrunde zu legen. Dies ermöglicht eine effiziente Normenpflege, insbesondere zum Zweck der regelmäßigen Aktualisierungen der Gebühren, und erleichtert den Zugang zu den Vorschriften für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft und Verwaltung.

Mit der Allgemeinen Gebührenverordnung stehen die rechtlichen Instrumentarien zur Verfügung, die Gebührentatbestände schon vor Erlass der Besonderen Gebührenverordnungen veränderten tatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen anzupassen und insbesondere kostendeckende Gebühren zu bestimmen. Dies kann anhand von pauschalen Stundensätzen oder anhand der Kosten-und-Leistungs-Rechnung erfolgen. Die Verlängerung der Frist bis zum Erlass der Besonderen Gebührenverordnungen der Ressorts ist daher nicht mit einem fiskalischen Nachteil verbunden.

B. Lösung

Das Gesetz regelt die Aufhebung bzw. Anpassung der bisherigen Gebührenregelungen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern zum 1. Oktober 2019, wodurch die Frist für den Erlass der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums des Innern verlängert wird. Des Weiteren wird auch der Zeitpunkt des Außerkrafttretens der gebührenrechtlichen Bestimmungen im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts und der Länder vom 14. August 2018 auf den 1. Oktober 2021 verschoben. Mit dieser Fristverlängerung soll der nach der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes bestehende Abstand von zwei Jahren zwischen dem Fristende im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern und dem Fristende im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts und der Länder auch nach der Rechtsänderung gewahrt bleiben. Zu diesem Zweck sieht das Gesetz im Einzelnen folgende Änderungen vor:

- Die Übergangsregelungen des Bundesgebührengesetzes werden an das spätere Außerkrafttreten am 1. Oktober 2019 und am 1. Oktober 2021 angepasst (Artikel 1).
- Die Artikel 3, 4 und 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes, nach denen die Aufhebung bzw. Anpassung der bisherigen Gebührenregelungen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern zum 14. August 2016 und im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts zum 14. August 2018 wirksam wird, werden aufgehoben (Artikel 2).
- Die Aufhebung bzw. Anpassung der bisherigen Gebührenregelungen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern wird im Hinblick auf die seit Inkrafttreten des Bundesgebührengesetzes eingetretenen Rechtsänderungen aktualisiert (Artikel 3).
- Die Aufhebung bzw. Anpassung der bisherigen Gebührenregelungen im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts und der Länder wird im Hinblick auf die seit Inkrafttreten des Bundesgebührengesetzes eingetretenen Rechtsänderungen aktualisiert (Artikel 4).
- Folgeänderungen aufgrund der Verschiebung des Zeitpunktes für den Erlass der Besonderen Gebührenverordnung der Ressorts werden vorgenommen (Artikel 5).
- Als Zeitpunkt für die Aufhebung bzw. Anpassung der aktualisierten bisherigen Gebührenregelungen wird im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern der 1. Oktober 2019 und im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts und der Länder der 1. Oktober 2021 festgelegt (Artikel 6).

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Das Gesetz hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Haushaltsausgaben. Änderungen der Gebührenhöhe können erst durch die Umsetzung der Vorgaben des Bundesgebührengesetzes und der Allgemeinen Gebührenverordnung durch die Besonderen Gebührenverordnungen eintreten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger ergeben sich unmittelbar keine Änderungen des Erfüllungsaufwands. Erst mit dem Erlass der Besonderen Gebührenverordnungen wird sich zeigen, inwieweit es zu Veränderungen von Kosten- oder Zeitaufwand für die Bürgerinnen und Bürger kommen wird. Insbesondere wird sich zeigen, welche Auswirkungen die einfachere und transparentere Gestaltung des Gebührenrechts haben wird.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft ergeben sich unmittelbar keine Änderungen des Erfüllungsaufwands. Erst mit dem Erlass der Besonderen Gebührenverordnungen wird sich zeigen, inwieweit es zu Veränderungen von Kosten- oder Zeitaufwand für die Wirtschaft kommen wird. Insbesondere wird sich zeigen, welche Auswirkungen die einfachere und transparentere Gestaltung des Gebührenrechts haben wird.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung ergeben sich unmittelbar keine Änderungen des Erfüllungsaufwands. Erst mit dem Erlass der Besonderen Gebührenverordnungen wird sich zeigen, inwieweit es zu Veränderungen von Kosten- oder Zeitaufwand für die Verwaltung kommen wird. Insbesondere wird sich zeigen, welche Auswirkungen die erleichterte Gebührenfestsetzung anhand von Kostenpauschalen haben wird. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass nach Umsetzung der neuen transparenten und rechtssicheren Vorgaben für die Gebührenkalkulation in den Besonderen Gebührenverordnungen der Aufwand für rechtliche und gerichtliche Auseinandersetzungen aufgrund von Anfechtungen der Gebührenbescheide vermindert wird.

F. Weitere Kosten

Das Gesetz führt zu keinen weiteren Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, können erst durch die Umsetzung der Vorgaben des Bundesgebührengesetzes und der Allgemeinen Gebührenverordnung durch die Besonderen Gebührenverordnungen eintreten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/7988 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 11. Mai 2016

Der Innenausschuss

Ansgar Heveling
Vorsitzender

Oswin Veith
Berichterstatter

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Frank Tempel
Berichterstatter

Irene Mihalic
Berichterstatterin

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes
– Drucksache 18/7988 –
mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuss)

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
Entwurf eines Gesetzes zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes	**Entwurf eines Gesetzes zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes**
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	**Artikel 1**
Änderung des Bundesgebührengesetzes	**Änderung des Bundesgebührengesetzes**
Das Bundesgebührengesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom *8. Juni 2015* (BGBl. I S. *904*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Bundesgebührengesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), das **zuletzt** durch Artikel 3 des Gesetzes vom **31**. **März 2016** (BGBl. I S. **518**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 23 Absatz 8 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	1. u n v e r ä n d e r t
„Die Absätze 2 bis 7 finden keine Anwendung	
1. für die durch Artikel 3 des Gesetzes zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom … [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes] geänderten Regelungen nach dem 1. Oktober 2019 und	
2. für die durch Artikel 4 des Gesetzes zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom … [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes] geänderten Regelungen nach dem 1. Oktober 2021.“	
2. In § 24 wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
Artikel 2	**Artikel 2**
Änderung des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes	**u n v e r ä n d e r t**
Die Artikel 3, 4 und 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), das durch Artikel 9 des Gesetzes vom 17. Juli 2015 (BGBl. I S. 1324) geändert worden ist, werden aufgehoben.	
Artikel 3	**Artikel 3**
Anpassung gebührenrechtlicher Vorschriften an das Bundesgebührengesetz im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern	**Anpassung gebührenrechtlicher Vorschriften an das Bundesgebührengesetz im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern**
(1) Die BSI-Kostenverordnung vom 3. März 2005 (BGBl. I S. 519), die durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Das BDBOS-Gesetz vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2039), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	**(2) entfällt**
1. § 15b wird wie folgt geändert:	
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 15b	
Erlass von Rechtsverordnungen“.	
b) Die Absätze 2 bis 4 werden durch folgenden Absatz 2 ersetzt:	
„(2) Die Rechtsverordnung nach Absatz 1 bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.“	
2. § 15c Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Die Präsidentin oder der Präsident kann durch Satzung die Benutzung der Testplattform regeln. Die Satzung wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.“	

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
(*3*) Die BDBOS-Kostenverordnung vom 27. April 2012 (BGBl. I S. 998), die durch Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**2**) u n v e r ä n d e r t
(*4*) § 18 des Bundesbeamtengesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2178) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**3**) u n v e r ä n d e r t
1. Absatz 3 wird aufgehoben.	
2. Absatz 4 wird Absatz 3 und die Wörter „sowie die gebührenpflichtigen Tatbestände und die Höhe der Gebühren nach Absatz 3“ werden gestrichen.	
3. Absatz 5 wird Absatz 4.	
(*5*) Die Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung vom 23. November 2009 (BGBl. I S. 3824), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 5. Januar 2016 (BGBl. I S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**4**) Die Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung vom 23. November 2009 (BGBl. I S. 3824), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 5. Januar 2016 (BGBl. I S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 9 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 9 wie folgt gefasst:
„§ 9 (weggefallen)“.	„§ 9 (weggefallen)“.
2. § 9 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(*6*) Das Bundesdisziplinargesetz vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 6. März 2015 (BGBl. I S. 250) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**5**) u n v e r ä n d e r t
1. § 37 Absatz 5 wird aufgehoben.	
2. In § 44 Absatz 4 wird die Angabe „und 5“ gestrichen.	
(*7*) § 10 Absatz 3 des BSI-Gesetzes vom 14. August 2009 (BGBl. I S. 2821), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2408) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**6**) u n v e r ä n d e r t
(*8*) § 24 des De-Mail-Gesetzes vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 666), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 8 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**7**) u n v e r ä n d e r t
(*9*) Die De-Mail-Kostenverordnung vom 9. Februar 2012 (BGBl. I S. 267), die durch Artikel 2 Absatz 11 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**8**) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(*10*) Das AZR-Gesetz vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2265), das zuletzt durch Artikel *14 Nummer* 3 des Gesetzes vom *20. Oktober 2015* (BGBl. I S. *1722*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**9**) Das AZR-Gesetz vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2265), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom **2. Februar 2016** (BGBl. I S. **130**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 27 Absatz 4 wird aufgehoben.	1. u n v e r ä n d e r t
2. § 40 wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.	
b) Absatz 2 wird aufgehoben.	
(*11*) § 33f Absatz 2 Nummer 2 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel *2* des Gesetzes vom *22. Dezember 2015* (BGBl. I S. *2572*) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(**10**) § 33f Absatz 2 Nummer 2 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel **10** des Gesetzes vom **11. März 2016** (BGBl. I S. **396**) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
„2. das Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und mit Zustimmung des Bundesrates das Verfahren des Bundeskriminalamtes bei der Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen regeln.“	„2. u n v e r ä n d e r t
(*12*) § 6 der Verordnung zur Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1995 (BGBl. I S. 510), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 12 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**11**) u n v e r ä n d e r t
(*13*) Die Kostenverordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 1990 (BGBl. I S. 780), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 10. Januar 2000 (BGBl. I S. 38) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**12**) u n v e r ä n d e r t
(*14*) Das Waffengesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592; 2003 I S. 1957), das zuletzt durch Artikel 288 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**13**) Das Waffengesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592; 2003 I S. 1957), das zuletzt durch Artikel 288 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 50 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 50 wie folgt gefasst:
„§ 50 (weggefallen)“.	„§ 50 (weggefallen)“.
2. § 50 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(*15*) § 37 des Sprengstoffgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002 (BGBl. I S. 3518), das zuletzt durch Artikel 626 Absatz 4 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**14**) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(*16*) Die Kostenverordnung zum Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 216), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Juni 2005 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**15**) u n v e r ä n d e r t
(*17*) Das Beschussgesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4003), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 17 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**16**) Das Beschussgesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4003), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 17 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 16 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 16 wie folgt gefasst:
„§ 16 (weggefallen)“.	„§ 16 (weggefallen)“.
2. § 16 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 22 Absatz 7 wird aufgehoben.	3. u n v e r ä n d e r t
Artikel 4	**Artikel 4**
Anpassung gebührenrechtlicher Vorschriften an das Bundesgebührengesetz zum 1. Oktober 2021 sowie Änderung von Regelungen für die Gebührenerhebung der Länder	**Anpassung gebührenrechtlicher Vorschriften an das Bundesgebührengesetz zum 1. Oktober 2021 sowie Änderung von Regelungen für die Gebührenerhebung der Länder**
(1) In § 34 Nummer 8 des Personalausweisgesetzes vom 18. Juni 2009 (BGBl. I S. 1346), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2015 (BGBl. I S. 970) geändert worden ist, werden nach dem Wort „Auslandskostengesetz“ die Wörter „in der bis zum 1. Oktober 2021 geltenden Fassung“ eingefügt.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Kostenverordnung für Amtshandlungen des Paul-Ehrlich-Instituts nach dem Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. März 2010 (BGBl. I S. 331), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) § 6 des BGA-Nachfolgegesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 3 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(4) Die Gesundheitseinrichtungen-Kostenverordnung vom 29. April 1996 (BGBl. I S. 665), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) § 6 des BVL-Gesetzes vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082, 3084), das zuletzt durch Artikel *3* des Gesetzes vom *7. Januar 2015* (BGBl. I S. *2*) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(5) § 6 des BVL-Gesetzes vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082, 3084), das zuletzt durch Artikel **2** des Gesetzes vom **4**. **April 2016** (BGBl. I S. **569**) geändert worden ist, wird aufgehoben.
(6) Die Verordnung über die Kosten des Verfahrens im Rahmen der Festsetzung der Rückstandshöchstgehalte in Lebens- und Futtermitteln vom 19. März 2009 (BGBl. I S. 648), die durch Artikel 2 Absatz 19 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Das Betäubungsmittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. November 2015 (BGBl. I S. 1992) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(7) Das Betäubungsmittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. November 2015 (BGBl. I S. 1992) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 25 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 25 wie folgt gefasst:
„§ 25 (weggefallen)“.	„§ 25 (weggefallen)“.
2. § 25 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(8) Die Betäubungsmittel-Kostenverordnung vom 30. Juni 2009 (BGBl. I S. 1675), die durch Artikel 2 Absatz 21 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) § 15 des Grundstoffüberwachungsgesetzes vom 11. März 2008 (BGBl. I S. 306), das zuletzt durch Artikel 51 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(9) u n v e r ä n d e r t
(10) Die Grundstoff-Kostenverordnung vom 30. Juni 2009 (BGBl. I S. 1678), die durch Artikel 2 Absatz 23 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(10) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(11) Das Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel *2* des Gesetzes vom *10. Dezember 2015* (BGBl. I S. *2210*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(11) Das Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel **3** des Gesetzes vom **4**. **April 2016** (BGBl. I S. **569**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 33 wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 33	
Aufwendungsersatz und Entgelte“.	
b) Die Absätze 1 und 2 werden aufgehoben.	
c) Absatz 3 wird Absatz 1 und nach der Angabe „§ 33 Absatz 1“ werden die Wörter „in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung“ eingefügt.	
d) Absatz 4 wird Absatz 2 und wie folgt gefasst:	
„(2) Wenn ein Widerspruch gegen einen auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verwaltungsakt oder gegen die Festsetzung von Gebühren für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung nach diesem Gesetz erfolgreich ist, werden notwendige Aufwendungen im Sinne von § 80 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bis zur Höhe der für die Zurückweisung eines entsprechenden Widerspruchs vorgesehenen Gebühren, bei Rahmengebühren bis zu deren Mittelwert, erstattet.“	
e) Absatz 5 wird Absatz 3 und in Satz 3 werden die Wörter „findet Absatz 2 Satz 3“ durch die Wörter „finden die für Gebühren geltenden Regelungen“ ersetzt.	
f) Absatz 6 wird Absatz 4.	
2. In § 39 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „die Gebühren und Auslagen und“ gestrichen.	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 39d Absatz 9 und § 105b werden aufgehoben.	3. u n v e r ä n d e r t
(12) Die AMG-Kostenverordnung vom 10. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2510), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 3. März 2015 (BGBl. I S. 195, 1007) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(12) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
(13) Das Gentechnikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), das zuletzt durch Artikel 55 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(13) Das Gentechnikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), das zuletzt durch Artikel 55 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 24 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 24 wie folgt gefasst:
„§ 24 (weggefallen)“.	„§ 24 (weggefallen)“.
2. Dem § 4 wird folgender Absatz 6 angefügt:	2. u n v e r ä n d e r t
„(6) Die Länder haben die bei der Kommission im Rahmen des Anzeige-, Anmelde- und Genehmigungsverfahrens entstehenden Aufwendungen zu erstatten. Die Aufwendungen werden im Einzelfall festgesetzt; dabei können nach dem durchschnittlichen Personal- und Sachaufwand ermittelte feste Sätze oder Rahmensätze zugrunde gelegt werden.“	
3. § 24 wird aufgehoben.	3. u n v e r ä n d e r t
4. Nach § 25 Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:	4. u n v e r ä n d e r t
„(4a) Die bei der Erfüllung von Auskunfts- und Duldungspflichten im Rahmen von Anmelde- und Genehmigungsverfahren und im Rahmen von Überwachungen entstehenden eigenen Aufwendungen des Betreibers sind nicht zu erstatten.“	
(14) Die Bundeskostenverordnung zum Gentechnikgesetz vom 9. Oktober 1991 (BGBl. I S. 1972), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 28 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(14) u n v e r ä n d e r t
(15) § 7 des Stammzellgesetzes vom 28. Juni 2002 (BGBl. I S. 2277), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 16 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(15) u n v e r ä n d e r t
1. Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.	
2. Absatz 4 wird Absatz 2.	
(16) Die Kostenverordnung zum Stammzellgesetz vom 28. Oktober 2005 (BGBl. I S. 3115), die durch Artikel 2 Absatz 30 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(16) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(17) Das Gendiagnostikgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2529, 3672), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 18 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(17) Das Gendiagnostikgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2529, 3672), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 18 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 24 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 24 wie folgt gefasst:
„§ 24 (weggefallen)“.	„§ 24 (weggefallen)“.
2. § 24 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(18) Die Gendiagnostik-Kommission-Kostenverordnung vom 17. Juni 2010 (BGBl. I S. 810) wird aufgehoben.	(18) u n v e r ä n d e r t
(19) Das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2013 (BGBl. I S. 1426), das zuletzt durch Artikel *8 Absatz 3 des Gesetzes* vom *3. Dezember 2015* (BGBl. I S. *2178*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(19) Das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2013 (BGBl. I S. 1426), das zuletzt durch Artikel **1 der Verordnung** vom **26**. **Januar 2016** (BGBl. I S. **108**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 63 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 63 wie folgt gefasst:
„§ 63 (weggefallen)“.	„§ 63 (weggefallen)“.
2. § 63 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(20) Das Infektionsschutzgesetz vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 6a des Gesetzes vom 10. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2229) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(20) u n v e r ä n d e r t
1. In der Inhaltsübersicht werden in der Angabe zu § 18 nach dem Wort „Wirbeltiere“ das Komma und die Wörter „Gebühren und Auslagen“ gestrichen.	
2. § 18 wird wie folgt geändert:	
a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Wirbeltiere“ das Komma und die Wörter „Gebühren und Auslagen“ gestrichen.	
b) Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.	
c) Absatz 5 wird Absatz 3.	
3. § 38 Absatz 3, § 39 Absatz 1 Satz 2 und § 69 Absatz 1 Satz 2 werden aufgehoben.	
(21) § 19 Absatz 3 Satz 7 der Trinkwasserverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom *2. August 2013* (BGBl. I S. *2977), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. November 2015 (BGBl. I S. 2076*) *geändert worden ist,* wird aufgehoben.	(21) § 19 Absatz 3 Satz 7 der Trinkwasserverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom **10**. **März 2016** (BGBl. I S. **459**) wird aufgehoben.

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(22) Die Abfallverbringungsgebührenverordnung vom 17. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2749), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 37 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(22) u n v e r ä n d e r t
(23) § 2 Absatz 4 des Ölschadengesetzes vom 30. September 1988 (BGBl. I S. 1770), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. November 2015 (BGBl. I S. 2095) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(23) u n v e r ä n d e r t
1. In Nummer 2 wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.	
2. Nummer 3 wird aufgehoben.	
(24) § 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz vom 9. Oktober 1989 (BGBl. I S. 1830), das zuletzt durch Artikel 92 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(24) u n v e r ä n d e r t
(25) § 35 des Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetzes vom 22. September 1994 (BGBl. I S. 2593), das zuletzt durch Artikel 98 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(25) u n v e r ä n d e r t
(26) Die Kostenverordnung für Amtshandlungen nach dem Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetz vom 22. September 1994 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2013 (BGBl. I S. 3300) wird aufgehoben.	(26) u n v e r ä n d e r t
(27) Das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz vom 21. Juli 2011 (BGBl. I S. 1475), das zuletzt durch Artikel 626 Absatz 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(27) Das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz vom 21. Juli 2011 (BGBl. I S. 1475), das zuletzt durch Artikel 626 Absatz 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 22 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 22 wie folgt gefasst:
„§ 22 (weggefallen)“.	„§ 22 (weggefallen)“.
2. In § 8 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „Gebühren nach § 22“ durch die Wörter „Gebühren nach dem Bundesgebührengesetz und der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	2. u n v e r ä n d e r t
3. Die §§ 22 und 33 Absatz 3 werden aufgehoben.	3. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(28) Das Zuteilungsgesetz 2007 vom 26. August 2004 (BGBl. I S. 2211), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 11 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(28) Das Zuteilungsgesetz 2007 vom 26. August 2004 (BGBl. I S. 2211), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 11 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 23 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 23 wie folgt gefasst:
„§ 23 (weggefallen)“.	„§ 23 (weggefallen)“.
2. In § 18 Satz 2 werden die Wörter „nach § 23 dieses Gesetzes sowie nach § 22 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes vom 8. Juli 2004 (BGBl. I S. 1578), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163) geändert worden ist,“ gestrichen.	2. unverändert
3. § 23 wird aufgehoben.	3. unverändert
(29) Das Projekt-Mechanismen-Gesetz vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2826), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(29) Das Projekt-Mechanismen-Gesetz vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2826), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 14 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 14 wie folgt gefasst:
„§ 14 (weggefallen)“.	„§ 14 (weggefallen)“.
2. § 14 wird aufgehoben.	2. unverändert
(30) Die Projekt-Mechanismen-Gebührenverordnung vom 16. November 2005 (BGBl. I S. 3166), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 51 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(30) unverändert
(31) § 7 des Abfallverbringungsgesetzes vom 19. Juli 2007 (BGBl. I S. 1462), das zuletzt durch Artikel 626 Absatz 1 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(31) unverändert
„§ 7	
Gebührenschuldnerschaft	
Durch Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes kann für den Bereich der Bundesverwaltung die Gebührenschuldnerschaft abweichend von den Vorschriften des Bundesgebührengesetzes geregelt werden.“	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(32) In § 16 Satz 2 des Zuteilungsgesetzes 2012 vom 7. August 2007 (BGBl. I S. 1788), das zuletzt durch Artikel 110 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, werden die Wörter „nach § 22 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes vom 8. Juli 2004 (BGBl. I S. 1578), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163) geändert worden ist,“ gestrichen.	(32) u n v e r ä n d e r t
(33) § 21 Absatz 10 des Jugendschutzgesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), das zuletzt durch Artikel *4 Absatz 36* des Gesetzes vom *7. August 2013* (BGBl. I S. *3154*) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(33) § 21 Absatz 10 des Jugendschutzgesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), das zuletzt durch Artikel **1** des Gesetzes vom **3**. **März 2016** (BGBl. I S. **369**) geändert worden ist, wird aufgehoben.
(34) Die Verordnung über die Erhebung von Gebühren durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien vom 28. April 2004 (BGBl. I S. 691) wird aufgehoben.	(34) u n v e r ä n d e r t
(35) § 6 des Bundesarchivgesetzes vom 6. Januar 1988 (BGBl. I S. 62), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 38 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(35) u n v e r ä n d e r t
„§ 6	
(1) Das für Kultur und Medien zuständige Mitglied der Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Benutzung von Archivgut beim Bundesarchiv zu regeln.	
(2) Das für Kultur und Medien zuständige Mitglied der Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Verfahren und Form der Pflichtregistrierung von Kinofilmen festzulegen.“	
(36) Die Bundesarchiv-Kostenverordnung vom 29. September 1997 (BGBl. I S. 2380), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 56 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(36) u n v e r ä n d e r t
(37) Das Stasi-Unterlagen-Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 2007 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 40 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(37) Das Stasi-Unterlagen-Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 2007 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 40 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 42 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 42 wie folgt gefasst:
„§ 42 (weggefallen)“.	„§ 42 (weggefallen)“.
2. § 42 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(38) Die Stasi-Unterlagen-Kostenordnung vom 13. Juli 1992 (BGBl. I S. 1241), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 58 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(38) u n v e r ä n d e r t
(39) Der 5. Abschnitt des Konsulargesetzes vom 11. September 1974 (BGBl. I S. 2317), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2015 (BGBl. I S. 1042) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(39) u n v e r ä n d e r t
„5. Abschnitt	
Gebühren, Auslagen und Kostenerstattung	
§ 25	
Gebühren und Auslagen	
Das Auswärtige Amt, die Vertretungen des Bundes im Ausland sowie die Honorarkonsularbeamten erheben Gebühren und Auslagen nach dem Bundesgebührengesetz, soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist.	
§ 25a	
Gebühren- und Auslagenerhebung der Honorarkonsularbeamten	
(1) Wird die individuell zurechenbare öffentliche Leistung von einem Honorarkonsularbeamten vorgenommen, so ist dieser Gebührengläubiger.	
(2) Reichen die Gebühren zur Bestreitung der mit der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung verbundenen Kosten der Honorarkonsularbeamten nicht aus, so kann dem Honorarkonsularbeamten ein pauschaler Zuschuss gewährt werden.	
(3) Entstehen dem Honorarkonsularbeamten durch die Ausführung eines dienstlichen Auftrags besondere, den Umständen nach erforderliche Aufwendungen, so kann er deren Erstattung beanspruchen.	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
§ 25b	
Gebührenbemessung	
(1) Für die Gebührenerhebung nach § 25, insbesondere für die notariellen Tätigkeiten der Vertretungen des Bundes im Ausland sowie der Honorarkonsularbeamten, können auch der Wert und die Bedeutung der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung für den Gebührenschuldner bei der Gebührenbemessung berücksichtigt werden. Für die Bemessung der Gebühr gelten die Vorschriften der Kapitel 1 und 3, Anlage 1 Teil 2 und 3, Anlage 2 des Gerichts- und Notarkostengesetzes entsprechend, soweit nach Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.	
(2) Durch Besondere Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes können auch andere Bezugsgrößen oder Maßstäbe zur Bestimmung des Wertes oder der Bedeutung der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung nach Absatz 1 Satz 1 bestimmt werden. Danach kann insbesondere angeordnet werden, dass die Gebühr nach der Seiten- und Zeilenzahl sowie nach Sprachgruppen bestimmt wird.	
§ 25c	
Wertgebühren	
(1) Durch Besondere Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes kann eine Gebühr auch nach dem Wert des Gegenstandes (Wertgebühr) bestimmt werden.	
(2) Der Antragsteller ist verpflichtet, die zur Feststellung des Wertes erforderlichen Angaben zu machen.	
§ 25d	
Zuschläge	
Durch Besondere Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes kann bestimmt werden, dass von den Auslandsvertretungen und den Honorarkonsularbeamten zum Ausgleich von Kaufkraftunterschieden oder zur Anpassung an höhere Gebührensätze für vergleichbare individuell zurechenbare öffentliche Leistungen im	

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
Gastland ein Zuschlag erhoben werden kann. Der Zuschlag kann bis zu 200 Prozent der Gebühren betragen.	
§ 25e	
Auslagen	
Die Erstattung von Auslagen kann auch verlangt werden, wenn für die individuell zurechenbare öffentliche Leistung keine Gebühr vorgesehen ist.	
§ 26	
Erstattungsansprüche bei Amtshilfe	
(1) Im Falle der Amtshilfe hat die ersuchende Behörde keine Verwaltungsgebühr zu entrichten. Auslagen hat sie auf Anforderung zu erstatten, wenn sie im Einzelfall 25 Euro übersteigen. Wird die Amtshilfe für eine Bundesbehörde geleistet, so werden die Auslagen nicht erstattet.	
(2) Nehmen die Auslandsvertretungen oder die Honorarkonsularbeamten zur Durchführung der Amtshilfe eine gebührenpflichtige individuell zurechenbare öffentliche Leistung vor, so stehen ihnen die von einem Dritten hierfür geschuldeten Gebühren und Auslagen zu.“	
(40) Das Auslandskostengesetz vom 21. Februar 1978 (BGBl. I S. 301), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(40) u n v e r ä n d e r t
(41) Die Auslandskostenverordnung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4161; 2002 I S. 750), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Juni 2015 (BGBl. I S. 1042) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(41) u n v e r ä n d e r t
(42) § 2 der Verordnung über die Ausstellung der Apostille nach Artikel 3 des Haager Übereinkommens vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 9. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2872), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 45 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(42) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
„§ 2	
Die Gebühr für die Ausstellung der Apostille und für die Prüfung gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Übereinkommens beträgt je 13 Euro. Im Übrigen gilt für die Erhebung von Gebühren und Auslagen	
1. beim Bundesverwaltungsamt das Bundesgebührengesetz, der 5. Abschnitt des Konsulargesetzes und die Besondere Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes,	
2. beim Deutschen Patent- und Markenamt die DPMA-Verwaltungskostenverordnung vom 14. Juli 2006 (BGBl. I S. 1586), die zuletzt durch Artikel 211 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist,	
in der jeweils geltenden Fassung.“	
(43) § 2a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(43) u n v e r ä n d e r t
(44) In Nummer 9012 der Anlage 1 (Kostenverzeichnis) zum Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel *3* des Gesetzes vom *21. Dezember 2015* (BGBl. I S. *2525*) geändert worden ist, werden im Auslagentatbestand die Wörter „dem Auslandskostengesetz“ durch die Wörter „§ 12 BGebG, dem 5. Abschnitt des Konsulargesetzes und der Besonderen Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Abs. 4 BGebG“ ersetzt.	(44) In Nummer 9012 der Anlage 1 (Kostenverzeichnis) zum Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel **8** des Gesetzes vom **11. April 2016** (BGBl. I S. **720**) geändert worden ist, werden im Auslagentatbestand die Wörter „dem Auslandskostengesetz“ durch die Wörter „§ 12 BGebG, dem 5. Abschnitt des Konsulargesetzes und der Besonderen Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Abs. 4 BGebG“ ersetzt.
(45) In Nummer 2010 der Anlage 1 (Kostenverzeichnis) zum Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2666), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2018) geändert worden ist, werden im Auslagentatbestand die Wörter „dem Auslandskostengesetz“ durch die Wörter „§ 12 BGebG, dem 5. Abschnitt des Konsulargesetzes und der Besonderen Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Abs. 4 BGebG“ ersetzt.	(45) u n v e r ä n d e r t
(46) In Nummer 31012 der Anlage 1 (Kostenverzeichnis) zum Gerichts- und Notarkostengesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23. November 2015 (BGBl. I	(46) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
S. 2090) geändert worden ist, werden im Auslagentatbestand die Wörter „dem Auslandskostengesetz“ durch die Wörter „§ 12 BGebG, dem 5. Abschnitt des Konsulargesetzes und der Besonderen Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Abs. 4 BGebG“ ersetzt.	
(47) § 3 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 401-1-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 50 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(47) u n v e r ä n d e r t
(48) Das EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3367), das zuletzt durch Artikel *2 Absatz 4* des Gesetzes vom *1. April 2015* (BGBl. I S. *434*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(48) Das EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3367), das zuletzt durch Artikel **8** des Gesetzes vom **19. Februar 2016** (BGBl. I S. **254**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Überschrift des Abschnitts 3 werden die Wörter „Gebühren, Auslagen,“ gestrichen.	1. u n v e r ä n d e r t
2. § 11 wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) In der Überschrift werden die Wörter „Gebühren, Auslagen,“ gestrichen.	
b) Absatz 1 wird aufgehoben.	
c) Absatz 2 wird Absatz 1 und in Satz 1 werden die Wörter „nach Absatz 1“ gestrichen und wird die Angabe „Absatzes 3“ durch die Angabe „Absatzes 2“ ersetzt.	
d) Absatz 3 wird Absatz 2 und in Satz 1 werden die Wörter „Absatz 2 Satz 1“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.	
e) Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:	
„(3) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur werden jeweils ermächtigt, für den Bereich der Bundesverwaltung durch Besondere Gebührenverordnung nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes den Zeitpunkt des Entstehens und der Erhebung der Gebühr näher zu bestimmen.“	
f) Absatz 5 wird aufgehoben.	

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
g) Absatz 6 wird Absatz 4 und die Wörter „Absatz 4 und 5“ werden jeweils durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.	
(49) Die Vermögensanlagen-Verkaufsprospektgebührenverordnung vom 29. Juni 2005 (BGBl. I S. 1873), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. August 2015 (BGBl. I S. 1433) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(49) u n v e r ä n d e r t
(50) Das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(50) Das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 47 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 47 wie folgt gefasst:
„§ 47 (weggefallen)“.	„§ 47 (weggefallen)“.
2. § 47 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(51) Die WpÜG-Gebührenverordnung vom 27. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4267), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 65 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(51) u n v e r ä n d e r t
(52) Das Wertpapierprospektgesetz vom 22. Juni 2005 (BGBl. I S. 1698), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(52) Das Wertpapierprospektgesetz vom 22. Juni 2005 (BGBl. I S. 1698), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 33 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 33 wie folgt gefasst:
„§ 33 (weggefallen)“.	„§ 33 (weggefallen)“.
2. § 33 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(53) Die Wertpapierprospektgebührenverordnung vom 29. Juni 2005 (BGBl. I S. 1875), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 67 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(53) u n v e r ä n d e r t
(54) Das Vermögensanlagengesetz vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2481), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2565) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(54) Das Vermögensanlagengesetz vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2481), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2565) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 27 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 27 wie folgt gefasst:
„§ 27 (weggefallen)“.	„§ 27 (weggefallen)“.
2. § 27 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(55) In § 107 Absatz 3 Nummer 12 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13. Mai 2015 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist, werden die Wörter „dem Auslandskostengesetz“ durch die Wörter „§ 12 des Bundesgebührengesetzes, dem 5. Abschnitt des Konsulargesetzes und der Besonderen Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	(55) u n v e r ä n d e r t
(56) Das Satellitendatensicherheitsgesetz vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2590), das zuletzt durch Artikel 252 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(56) Das Satellitendatensicherheitsgesetz vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2590), das zuletzt durch Artikel 252 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 26 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 26 wie folgt gefasst:
„§ 26 (weggefallen)“.	„§ 26 (weggefallen)“.
2. § 26 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(57) Die Gebührenverordnung zum Satellitendatensicherheitsgesetz vom 16. Juni 2010 (BGBl. I S. 807), die durch Artikel 2 Absatz 75 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(57) u n v e r ä n d e r t
(58) § 33f Absatz 2 Nummer 1 der Gewerbeordnung, die zuletzt durch Artikel 3 Absatz *11* dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(58) § 33f Absatz 2 Nummer 1 der Gewerbeordnung, die zuletzt durch Artikel 3 Absatz **10** dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
„1. das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und mit Zustimmung des Bundesrates das Verfahren der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt bei der Prüfung und Zulassung der Bauart von Spielgeräten sowie bei der Verlängerung der Aufstelldauer von Warenspielgeräten, die auf Volksfesten, Schützenfesten oder ähnlichen Veranstaltungen aufgestellt werden sollen, und die ihrer Konstruktion nach keine statistischen Prüfmethoden erforderlich machen, regeln;“.	„1. u n v e r ä n d e r t
(59) Das Medizinproduktegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3146), das zuletzt durch Artikel 278 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(59) Das Medizinproduktegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3146), das zuletzt durch Artikel 278 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 35 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 35 wie folgt gefasst:
„§ 35 (weggefallen)“.	„§ 35 (weggefallen)“.
2. § 35 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 37 wird wie folgt geändert:	3. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 9 wird aufgehoben.	
b) Absatz 10 wird Absatz 9.	
c) Absatz 11 wird Absatz 10 und in Satz 1 werden die Wörter „Absätzen 1 bis 10“ durch die Wörter „Absätzen 1 bis 9“ ersetzt.	
d) Absatz 12 wird Absatz 11 und wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „Absätzen 6 und 10“ durch die Wörter „Absätzen 6 und 9“ ersetzt.	
bb) Satz 3 wird aufgehoben.	
cc) In dem neuen Satz 6 wird die Angabe „Absatz 11“ durch die Angabe „Absatz 10“ ersetzt.	
(60) Die Medizinprodukte-Gebührenverordnung vom 27. März 2002 (BGBl. I S. 1228), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 3. November 2014 (BGBl. I S. 1676) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(60) u n v e r ä n d e r t
(61) § 17 der Spielverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2006 (BGBl. I S. 280), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 8. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2003) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(61) u n v e r ä n d e r t
(62) Das Waffengesetz, das zuletzt durch Artikel 3 Absatz *14* dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(62) Das Waffengesetz, das zuletzt durch Artikel 3 Absatz **13** dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 60 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 60 wie folgt gefasst:
„§ 60 (weggefallen)“.	„§ 60 (weggefallen)“.
2. § 60 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(63) Die Kostenverordnung für Nutzleistungen der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung vom 17. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1748), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2013 (BGBl. I S. 3950) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(63) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(64) Das Sprengstoffgesetz, das zuletzt durch Artikel 3 Absatz *15* dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(64) Das Sprengstoffgesetz, das zuletzt durch Artikel 3 Absatz **14** dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 44 wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Vorschriften über die vertragliche Inanspruchnahme der Bundesanstalt zu erlassen."	
b) Absatz 3 wird aufgehoben.	
2. § 47b wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(65) § 7 des Einheiten- und Zeitgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1985 (BGBl. I S. 408), das zuletzt durch Artikel 291 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(65) u n v e r ä n d e r t
(66) Die Zulassungskostenverordnung vom 22. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2471), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 25. November 2013 (BGBl. I S. 4018) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(66) u n v e r ä n d e r t
(67) Die Kostenverordnung für Nutzleistungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt vom 17. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1745), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 89 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(67) u n v e r ä n d e r t
(68) § 135 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), das zuletzt durch Artikel 303 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(68) u n v e r ä n d e r t
(69) § 10 des Meeresbodenbergbaugesetzes vom 6. Juni 1995 (BGBl. I S. 778, 782), das zuletzt durch Artikel 305 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(69) u n v e r ä n d e r t
(70) Die Meeresbodenbergbau-Kostenverordnung vom 20. Dezember 1996 (BGBl. I S. 2159), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 94 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(70) u n v e r ä n d e r t
(71) § 16 des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli	(71) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
2013 (BGBl. I S. 2538), das zuletzt durch Artikel 319 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	
(72) Die Detergenzien-Kostenverordnung vom 5. Mai 2007 (BGBl. I S. 656), die durch Artikel 2 Absatz 99 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(72) u n v e r ä n d e r t
(73) § 62 Absatz 7 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel *320 der Verordnung* vom *31. August 2015* (BGBl. I S. *1474*) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(73) § 62 Absatz 7 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel **1 des Gesetzes** vom **11**. **April 2016** (BGBl. I S. **745**) geändert worden ist, wird aufgehoben.
(74) Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498) wird wie folgt geändert:	(74) Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498) wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 32 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 32 wie folgt gefasst:
„§ 32 (weggefallen)“.	„§ 32 (weggefallen)“.
2. Die §§ 32 und 33 Absatz 3 Nummer 1 werden aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(75) Die Verordnung über Gebühren und Auslagen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bei der Durchführung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes vom 2. April 2002 (BGBl. I S. 1231), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 102 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(75) u n v e r ä n d e r t
(76) Das Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 22. April 2002 (BGBl. I S. 1310), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(76) u n v e r ä n d e r t
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	
a) Die Angabe zu § 14 wird wie folgt gefasst:	
„§ 14 (weggefallen)“.	
b) Die Angabe zu § 17b wird wie folgt gefasst:	
„§ 17b (weggefallen)“.	
2. In § 13 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§§ 14 bis 16 und“ durch die Wörter „§§ 15 und 16 sowie des Bundesgebührengesetzes und der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums der Finanzen nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes und aus“ ersetzt.	
3. Die §§ 14 und 17b werden aufgehoben.	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(77) Die Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 29. April 2002 (BGBl. I S. 1504, 1847), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2331) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(77) u n v e r ä n d e r t
1. In der Überschrift werden die Wörter „die Erhebung von Gebühren und“ gestrichen.	
2. Abschnitt 1 und die Anlage (Gebührenverzeichnis) werden aufgehoben.	
(78) § 1 der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 13. Dezember 2002 (BGBl. 2003 I S. 3), die zuletzt durch Artikel *626 Absatz 5* der Verordnung vom *31. August 2015* (BGBl. I S. *1474*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(78) § 1 der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 13. Dezember 2002 (BGBl. 2003 I S. 3), die zuletzt durch Artikel **1** der Verordnung vom **8**. **April 2016** (BGBl. I S. **622**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	1. u n v e r ä n d e r t
„2. Rechtsverordnungen nach Maßgabe des § 1 Absatz 5 Satz 3, des § 5 Absatz 2 Satz 1 und des § 6 Absatz 4 Satz 1 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes,“.	
2. Nummer 6 wird wie folgt gefasst:	**2. entfällt**
„6. Rechtsverordnungen nach Maßgabe des § 16 Satz 2 des Verkaufsprospektgesetzes sowie“.	
3. Nummer 7 wird wie folgt gefasst:	**2.** Nummer 7 wird wie folgt gefasst:
„7. Rechtsverordnungen nach Maßgabe des § 4 Absatz 3 Satz 1 und des § 20 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Wertpapierprospektgesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“.	„7. Rechtsverordnungen nach Maßgabe des § 4 Absatz 3 Satz 1 und des § 20 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Wertpapierprospektgesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz **sowie**“.
4. Nummer 8 wird aufgehoben.	**3.** u n v e r ä n d e r t
	4. Nummer 9 wird Nummer 8.
(79) § 7 des Akkreditierungsstellengesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2625), das zuletzt durch Artikel 356 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(79) u n v e r ä n d e r t
(80) Die Kostenverordnung der Akkreditierungsstelle vom 21. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3964), die durch Artikel 2 Absatz 107 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(80) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(81) § 54 des Saatgutverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juli 2004 (BGBl. I S. 1673), das zuletzt durch Artikel 626 Absatz 6 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(81) u n v e r ä n d e r t
„§ 54	
Gebühren	
Durch Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes kann für den Bereich der Bundesverwaltung der Zeitpunkt des Entstehens und der Erhebung der Gebühr abweichend von den Vorschriften des Bundesgebührengesetzes geregelt werden.“	
(82) § 33 des Sortenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3164), das zuletzt durch Artikel 8 *Absatz 11* des Gesetzes vom *3. Dezember 2015* (BGBl. I S. *2178*) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(82) § 33 des Sortenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3164), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom **4**. **April 2016** (BGBl. I S. **558**) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
„§ 33	„§ 33
Gebühren	u n v e r ä n d e r t
Durch Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes kann für den Bereich der Bundesverwaltung der Zeitpunkt des Entstehens und der Erhebung der Gebühr abweichend von den Vorschriften des Bundesgebührengesetzes geregelt werden.“	
(83) Die Verordnung über Verfahren vor dem Bundessortenamt in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 2004 (BGBl. I S. 2552), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 28. November 2014 (BGBl. I S. 1937) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(83) u n v e r ä n d e r t
1. In § 1b Absatz 1 werden die Wörter „in Anlage 1“ durch die Wörter „in der Anlage“ ersetzt.	
2. Abschnitt 3 wird aufgehoben.	
3. Die Überschrift der Anlage 1 wird wie folgt gefasst:	
„Anlage (zu § 1b Absatz 1)“.	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
4. Die Anlagen 2 und 3 werden aufgehoben.	
(84) Das Pflanzenschutzgesetz vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148, 1281), das zuletzt durch Artikel 375 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(84) Das Pflanzenschutzgesetz vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148, 1281), das zuletzt durch Artikel 375 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 56 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 56 wie folgt gefasst:
„§ 56 (weggefallen)“.	„§ 56 (weggefallen)“.
2. § 56 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(85) Das Tiergesundheitsgesetz vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 12 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2178) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(85) Das Tiergesundheitsgesetz vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 12 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2178) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 42 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 42 wie folgt gefasst:
„§ 42 (weggefallen)“.	„§ 42 (weggefallen)“.
2. § 42 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(86) Die Tierimpfstoff-Kostenverordnung vom 24. November 2010 (BGBl. I S. 1637), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 24. September 2014 (BGBl. I S. 1558) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(86) u n v e r ä n d e r t
(87) § 21c des Tierschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 13 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2178) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(87) u n v e r ä n d e r t
(88) § 14 des Fleischgesetzes vom 9. April 2008 (BGBl. I S. 714, 1025), das zuletzt durch Artikel 400 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(88) u n v e r ä n d e r t
(89) Die Fleischgesetz-Gebührenverordnung vom 1. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3534), die durch Artikel 2 Absatz 116 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(89) u n v e r ä n d e r t
(90) § 17 des Marktorganisationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2005 (BGBl. I S. 1847), das zuletzt durch Artikel *7* des Gesetzes vom *3. Dezember 2015* (BGBl. I S. *2178*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(90) § 17 des Marktorganisationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2005 (BGBl. I S. 1847), das zuletzt durch Artikel **1** des Gesetzes vom **16. Januar 2016** (BGBl. I S. **52**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Absatz 5 wird aufgehoben.	1. u n v e r ä n d e r t
2. Absatz 6 wird Absatz 5.	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(91) § 5 des Rindfleischetikettierungsgesetzes vom 26. Februar 1998 (BGBl. I S. 380), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2015 (BGBl. I S. 1165) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(91) u n v e r ä n d e r t
(92) Die BLE-ÖLG-Kostenverordnung vom 19. November 2003 (BGBl. I S. 2358), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 120 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(92) u n v e r ä n d e r t
(93) § 7 des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes vom 8. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 626 Absatz 8 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	(93) u n v e r ä n d e r t
„§ 7	
Gebühren und Auslagen	
Durch Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes kann für den Bereich der Bundesverwaltung der Zeitpunkt des Entstehens und der Erhebung der Gebühr abweichend von den Vorschriften des Bundesgebührengesetzes geregelt werden.“	
(94) § 10 des Öko-Landbaugesetzes vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2358), das zuletzt durch Artikel 408 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(94) u n v e r ä n d e r t
(95) Die Kostenverordnung für Amtshandlungen des Bundesamtes für Naturschutz vom 25. März 1998 (BGBl. I S. 629), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 123 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(95) u n v e r ä n d e r t
(96) Das Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 421 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(96) Das Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 421 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 53 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 53 wie folgt gefasst:
„§ 53 (weggefallen)“.	„§ 53 (weggefallen)“.
2. Die §§ 53 und 58 Absatz 3 werden aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(97) Das Chemikaliengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3498, 3991), das zuletzt durch Artikel *431 der Verordnung* vom *31. August 2015* (BGBl. I S. *1474*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(97) Das Chemikaliengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3498, 3991), das zuletzt durch Artikel **7 des Gesetzes** vom **4. April 2016** (BGBl. I S. **569**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 25a wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 25a wie folgt gefasst:
„§ 25a Aufwendungen des Auskunftspflichtigen“.	„§ 25a Aufwendungen des Auskunftspflichtigen“.
2. § 25a wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 25a	
Aufwendungen des Auskunftspflichtigen“.	
b) Die Absätze 1 und 2 werden aufgehoben.	
c) Die Absatzbezeichnung „(3)“ wird gestrichen.	
(98) Die Chemikalien-Kostenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2014 (BGBl. I S. 591) wird aufgehoben.	(98) u n v e r ä n d e r t
(99) Die Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis-Kostenverordnung vom 18. Juni 1982 (BGBl. I S. 692), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 23. November 2015 (BGBl. I S. 2084) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(99) u n v e r ä n d e r t
(100) Die Frequenzgebührenverordnung vom 21. Mai 1997 (BGBl. I S. 1226), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. September 2013 (BGBl. I S. 3710) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(100) u n v e r ä n d e r t
(101) Die Telekommunikations-Nummerngebührenverordnung vom 16. August 1999 (BGBl. I S. 1887), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3896) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(101) u n v e r ä n d e r t
(102) Das Postgesetz vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294), das zuletzt durch Artikel *453 der Verordnung* vom *31. August 2015* (BGBl. I S. *1474*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(102) Das Postgesetz vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294), das zuletzt durch Artikel **16 des Gesetzes** vom **19. Februar 2016** (BGBl. I S. **254**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 8 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 8 wie folgt gefasst:
„§ 8 (weggefallen)“.	„§ 8 (weggefallen)“.

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
2. § 8 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 18 Absatz 2 Satz 7 wird wie folgt gefasst:	**3. entfällt**
„Im Übrigen finden die §§ 4 bis 6, 8, 10,12 bis 19 und 21 des Bundesgebührengesetzes sowie § 9 Absatz 2 des Verwaltungskostengesetzes in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung entsprechende Anwendung.“	
(103) Die Post-Lizenzgebührenverordnung vom 4. Februar 2002 (BGBl. I S. 579), die durch Artikel 2 Absatz 132 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(103) Die Post-Lizenzgebührenverordnung vom 4. Februar 2002 (BGBl. I S. 579), die **zuletzt** durch Artikel 2 Absatz 132 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.
(104) Das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2218) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	**(104) entfällt**
1. § 142 wird wie folgt gefasst:	
„§ 142	
Gebühren und Auslagen	
(1) Die Gebühren für Entscheidungen über die Zuteilung	
1. eines Nutzungsrechts an Frequenzen nach § 55 und	
2. eines Nutzungsrechts an Nummern auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 66 Absatz 4	
sind abweichend von § 9 Absatz 1 des Bundesgebührengesetzes so zu bestimmen, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellen. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn Nummern oder Frequenzen von außerordentlich wirtschaftlichem Wert im Wege wettbewerbsorientierter oder vergleichender Auswahlverfahren vergeben werden.	
(2) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bestimmt die Gebühren für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen der Bundesnetzagentur nach diesem Gesetz mit Ausnahme der Gebühren und Auslagen nach § 145 durch Besondere Gebührenverordnung nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung	

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung nach Satz 2, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Bundesministerium der Finanzen.	
(3) Die Wegebaulastträger können in ihrem Zuständigkeitsbereich Regelungen erlassen, nach denen lediglich die Verwaltungskosten abdeckende Gebühren und Auslagen für die Erteilung von Zustimmungsbescheiden nach § 68 Absatz 3 zur Nutzung öffentlicher Wege erhoben werden können. Eine Pauschalierung ist zulässig.“	
2. § 143 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	
„(3) In die nach Absatz 1 abzugeltenden Kosten sind solche nicht einzubeziehen, für die bereits folgende Gebühren oder Beiträge erhoben werden:	
1. Gebühren nach § 142,	
2. Gebühren nach der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes oder	
3. Beiträge nach § 19 des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 220) und nach der auf dieser Vorschrift beruhenden Rechtsverordnung.“	
3. § 145 Satz 7 wird wie folgt gefasst:	
„Im Übrigen finden die §§ 4 bis 6, 8, 10, 12 bis 19 und 21 des Bundesgebührengesetzes sowie § 9 Absatz 2 des Verwaltungskostengesetzes in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung entsprechende Anwendung.“	
(*105*) Die Telekommunikationsgebührenverordnung vom 19. Juli 2007 (BGBl. I S. 1477), die durch Artikel 2 Absatz 134 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**104**) u n v e r ä n d e r t
(*106*) In § 8 Absatz 4 der Telekommunikations-Nummerierungsverordnung vom 5. Februar 2008 (BGBl. I S. 141), die durch Artikel 4 Absatz 110 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, werden die Wörter „der Telekommunikations-Nummerngebührenverordnung in der jeweils	(**105**) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
geltenden Fassung“ durch die Wörter „des Bundesgebührengesetzes und der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	
(*107*) Das Signaturgesetz vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 876), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 111 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**106**) Das Signaturgesetz vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 876), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 111 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 22 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 22 wie folgt gefasst:
„§ 22 Beiträge“.	„§ 22 Beiträge“.
2. § 22 wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 22	
Beiträge“.	
b) Absatz 1 wird aufgehoben.	
c) Die Absatzbezeichnung „(2)“ wird gestrichen.	
3. In § 24 Nummer 2 werden die Wörter „die gebührenpflichtigen Tatbestände und die Gebührensätze sowie“ gestrichen.	3. u n v e r ä n d e r t
(*108*) Die Signaturverordnung vom 16. November 2001 (BGBl. I S. 3074), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 112 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**107**) u n v e r ä n d e r t
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	
a) Die Angabe zu § 12 wird wie folgt gefasst:	
„§ 12 (weggefallen)“.	
b) Die Angabe zu Anlage 2 wird gestrichen.	
2. § 12 wird aufgehoben.	
3. In § 13 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1 wird jeweils die Angabe „§ 22 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 22“ ersetzt.	
4. Anlage 2 wird aufgehoben.	
(*109*) § 8 des Amateurfunkgesetzes vom 23. Juni 1997 (BGBl. I S. 1494), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 113 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**108**) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
(*110*) Die Amateurfunkverordnung vom 15. Februar 2005 (BGBl. I S. 242), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 114 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**109**) u n v e r ä n d e r t
1. § 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Die Nummern 5 und 6 werden wie folgt gefasst:	
„5. den Ausbildungsfunkbetrieb und	
6. die technischen und betrieblichen Rahmenbedingungen für die Durchführung des Amateurfunkdienstes einschließlich der Nutzungsbedingungen für die im Frequenznutzungsplan für den Amateurfunkdienst ausgewiesenen Frequenzbereiche (Anlage 1).“	
b) Nummer 7 wird aufgehoben.	
2. § 3 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Die Zulassung zur Prüfung erfolgt, wenn zuvor die jeweilige Gebühr gemäß der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes entrichtet wurde.“	
3. § 4 Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die Prüfung ist gebührenpflichtig nach der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes.“	
4. § 18 und Anlage 2 werden aufgehoben.	
(111) Das Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen vom 31. Januar 2001 (BGBl. I S. 170), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 116 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	**(111) entfällt**
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 16 wie folgt gefasst:	
„§ 16 (weggefallen)“.	
2. § 8 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Satz 5 wird aufgehoben.	
b) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „sowie die Gebührenpflichtigkeit der geregelten	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
Tatbestände im Einzelnen, die Höhe der Gebühr und die Erstattung von Auslagen festzulegen“ gestrichen.	
3. § 16 wird aufgehoben.	
(*112*) Die Anerkennungs-Verordnung vom *7. Juni 2002* (BGBl. I S. *1792), die zuletzt durch Artikel 460 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474*) *geändert worden ist,* wird wie folgt geändert:	(**110**) Die **Konformitätsbewertungsstellen-**Anerkennungs-Verordnung vom **11**. **Januar 2016** (BGBl. I S. **77**) wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
a) Die Angabe zu § *10* wird wie folgt gefasst:	a) Die Angabe zu § **15** wird wie folgt gefasst:
„§ *10* (weggefallen)“.	„§ **15** u n v e r ä n d e r t
b) Die Angabe zu Anlage 3 wird wie folgt gefasst:	b) u n v e r ä n d e r t
„Anlage 3 (weggefallen)“.	
2. § *10* und Anlage 3 werden aufgehoben.	2. § **15** und Anlage 3 werden aufgehoben.
(*113*) Die Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder vom 20. August 2002 (BGBl. I S. 3366), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 14. August 2013 (BGBl. I S. 3259) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**111**) Die Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder vom 20. August 2002 (BGBl. I S. 3366), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 14. August 2013 (BGBl. I S. 3259) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 15 wie folgt gefasst:	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 15 wie folgt gefasst:
„§ 15 (weggefallen)“.	„§ 15 (weggefallen)“.
2. § 15 und die Anlage werden aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(114) Das Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 220), das zuletzt durch Artikel 461 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	**(114) entfällt**
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 17 wie folgt gefasst:	
„§ 17 (weggefallen)“.	
2. § 2 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Entsprechend gelten jedoch	
1. im Fall des Absatzes 1 Nummer 1 die §§ 14 bis 19 sowie die Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes,	
2. in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2, 3 und 5 der § 14 Absatz 6 bis 12 und die §§ 15	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
bis 16 sowie die Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes und	
3. im Fall des Absatzes 1 Nummer 4 der § 14 Absatz 6 bis 12 und die §§ 15 bis 19 sowie die Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes entsprechend.“	
3. § 17 wird aufgehoben.	
4. § 19 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 17 Abs. 1 Nr. 2“ durch die Wörter „der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	
b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 17 Abs. 1 Nr. 1“ durch die Wörter „der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	
(*115*) Die Verordnung über Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen nach dem Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln und nach dem Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen vom 6. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4070) wird aufgehoben.	(**112**) u n v e r ä n d e r t
(*116*) Das Allgemeine Eisenbahngesetz vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Mai 2015 (BGBl. I S. 824) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**113**) u n v e r ä n d e r t
1. § 7h wird wie folgt gefasst:	
„§ 7h	
Zurücknahme oder Einschränkung des Antrags bei Einsatz von Verwaltungshelfern	
Im Falle des Einsatzes von Verwaltungshelfern nach § 5a Absatz 8a wird dem Antragsteller die voraussichtliche Höhe der Gebühren und Auslagen vorab mitgeteilt. Ihm ist die Möglichkeit	

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
einzuräumen, seinen Antrag zurückzunehmen oder einzuschränken.“	
2. § 26 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 wird aufgehoben.	
b) Absatz 1a wird aufgehoben.	
c) In Absatz 3 Satz 6 wird die Angabe „und 9“ gestrichen.	
3. § 32 wird wie folgt geändert:	
a) Nummer 2 wird aufgehoben.	
b) Nummer 3 wird Nummer 2.	
(*117*) Die Bundeseisenbahngebührenverordnung vom 27. März 2008 (BGBl. I S. 546), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. Juli 2014 (BGBl. I S. 1047, 1599) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**114**) unverändert
(*118*) Das Allgemeine Magnetschwebebahngesetz vom 19. Juli 1996 (BGBl. I S. 1019), das zuletzt durch Artikel 509 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**115**) unverändert
1. § 4 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 3 wird aufgehoben.	
b) Die Absätze 4 und 5 werden die Absätze 3 und 4.	
2. § 10 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 6 wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.	
b) Nummer 7 wird aufgehoben.	
(*119*) § 11 des Magnetschwebebahnplanungsgesetzes vom 23. November 1994 (BGBl. I S. 3486), das zuletzt durch Artikel 510 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**116**) unverändert
1. Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
„(1) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung im Magnetschwebebahnverkehr, zur Gewährleistung des Umweltschutzes oder zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer Rechtsverordnungen über	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
den Bau und den Betrieb von Magnetschwebebahnen zu erlassen sowie die Anforderungen an Bau, Ausrüstung und Betriebsweise nach den Erfordernissen der Sicherheit, nach den neuesten Erkenntnissen der Technik und nach internationalen Abmachungen einheitlich zu regeln.“	
2. In Absatz 2 Satz 1 und 2 wird jeweils die Angabe „Nr. 1“ gestrichen.	
(*120*) § 3 Absatz 4 und § 4 Absatz 6 des Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2394), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Mai 2015 (BGBl. I S. 824) geändert worden ist, werden aufgehoben.	(**117**) u n v e r ä n d e r t
(*121*) § 47 des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980), das zuletzt durch *Artikel 522* der Verordnung vom *31. August 2015* (BGBl. I S. *1474*) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**118**) § 47 des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980), das zuletzt durch **§ 2** der Verordnung vom **15**. **Januar 2016** (BGBl. I S. **156**) geändert worden ist, wird aufgehoben.
(*122*) Die Kostenverordnung zum Bundeswasserstraßengesetz vom 8. November 1994 (BGBl. I S. 3450), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 159 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**119**) u n v e r ä n d e r t
(*123*) § 4 des Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2001 (BGBl. I S. 2026), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. November 2015 (BGBl. I S. 1946) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**120**) u n v e r ä n d e r t
(*124*) Die Binnenschifffahrtskostenverordnung vom 21. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4218), die zuletzt durch Artikel 2 § 1 der Verordnung vom 30. Mai 2014 (BGBl. I S. 610) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**121**) u n v e r ä n d e r t
(*125*) Die Sportbootführerscheinverordnung-Binnen vom 22. März 1989 (BGBl. I S. 536, 1102), die zuletzt durch Artikel 626 Absatz 11 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**122**) u n v e r ä n d e r t
1. In § 6 Absatz 4 werden die Wörter „§ 12 Absatz 1 Nummer 1 bis 6“ durch die Wörter „einer Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
2. In § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 wird die Angabe „des § 12“ durch die Wörter „einer Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	
3. § 12 wird aufgehoben.	
4. § 13 wird § 12.	
5. § 14 wird aufgehoben.	
(*126*) Das Seeaufgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom *26. Juli 2002* (BGBl. I S. *2876), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. November 2015 (BGBl. I S. 2095*) *geändert worden ist,* wird wie folgt geändert:	(**123**) Das Seeaufgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom **19**. **Januar 2016** (BGBl. I S. **62**) wird wie folgt geändert:
1. § 12 wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) Die Absätze 1 und 2 werden aufgehoben.	
b) In Absatz 3 wird die Absatzbezeichnung „(3)“ gestrichen.	
c) Absatz 4 wird aufgehoben.	
2. § 13 wird aufgehoben.	2. u n v e r ä n d e r t
(*127*) Die Bundes-Seehäfen-Abgabenverordnung vom 27. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2152) wird aufgehoben.	(**124**) u n v e r ä n d e r t
(*128*) Die Sportseeschifferscheinverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 1998 (BGBl. I S. 394), die zuletzt durch Artikel 626 Absatz 12 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**125**) u n v e r ä n d e r t
1. In § 2 Satz 1 wird die Angabe „nach § 15“ durch die Wörter „nach einer Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	
2. § 15 wird aufgehoben.	
3. § 15a wird § 15.	
(*129*) Abschnitt 3 und die Anlage der Verordnung zur Durchführung des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes vom 5. Juni 1986 (BGBl. I S. 860), die zuletzt durch Artikel 16 Absatz 21 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 383) geändert worden ist, werden aufgehoben.	(**126**) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
(*130*) Die Gebührenverordnung für Amtshandlungen des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie vom 20. Juli 2012 (BGBl. I S. 1642), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 25. September 2015 (BGBl. I S. 1664) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**127**) u n v e r ä n d e r t
(*131*) Die BG Verkehr-Gebührenverordnung vom 18. Juli 2013 (BGBl. I S. 2713), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung vom 14. August 2014 (BGBl. I S. 1383) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**128**) u n v e r ä n d e r t
(*132*) § 51 des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2012 (BGBl. I S. 390), das zuletzt durch Artikel 552 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**129**) u n v e r ä n d e r t
(*133*) Die Kostenverordnung für Amtshandlungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt vom 22. September 2004 (BGBl. I S. 2363, 2804), die zuletzt durch Artikel *4 Absatz 3* der Verordnung vom *13. August 2014* (BGBl. I S. *1371*) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**130**) Die Kostenverordnung für Amtshandlungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt vom 22. September 2004 (BGBl. I S. 2363, 2804), die zuletzt durch Artikel **2** der Verordnung vom **1**. **März 2016** (BGBl. I S. **329**) geändert worden ist, wird aufgehoben.
(*134*) Das EU-Fahrgastrechte-Schifffahrt-Gesetz vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2454), das zuletzt durch Artikel *4 Absatz 138* des Gesetzes vom *7. August 2013* (BGBl. I S. *3154*) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**131**) Das EU-Fahrgastrechte-Schifffahrt-Gesetz vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2454), das zuletzt durch Artikel **20** des Gesetzes vom **19**. **Februar 2016** (BGBl. I S. **254**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 7 wird aufgehoben.	1. u n v e r ä n d e r t
2. § 8 *Satz 1 Nummer 3* wird *aufgehoben.*	2. § 8 wird **wie folgt geändert:**
	a) Nummer 3 wird aufgehoben.
	b) Nummer 4 wird Nummer 3.
(*135*) Die EU-Fahrgastrechte-Schifffahrt-Gebührenverordnung vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2797), die durch Artikel 2 Absatz 171 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**132**) u n v e r ä n d e r t
(*136*) Die Sportbootführerscheinverordnung-See in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 2003 (BGBl. I S. 367), die zuletzt durch Artikel 626 Absatz 13 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(**133**) u n v e r ä n d e r t
1. In § 4 Satz 1 wird die Angabe „nach § 10“ durch die Wörter „nach einer Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und	

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
digitale Infrastruktur nach § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes“ ersetzt.	
2. § 10 wird aufgehoben.	
3. Die §§ 11 bis 14 werden die §§ 10 bis 13.	
(*137*) § 22a des Flaggenrechtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3140), das zuletzt durch Artikel 561 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**134**) u n v e r ä n d e r t
(*138*) Der Fünfte Abschnitt des Seelotsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 1984 (BGBl. I S. 1213), das zuletzt durch Artikel 563 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird aufgehoben.	(**135**) u n v e r ä n d e r t
(*139*) Die Verordnung über die Befahrungsabgaben auf dem Nord-Ostsee-Kanal vom 28. September 1993 (BAnz. S. 9285) wird aufgehoben.	(**136**) u n v e r ä n d e r t
Artikel 5	**Artikel 5**
Folgeänderungen	**Folgeänderungen**
(1) In § 3 der Trinkwasser-Gebührenverordnung vom 11. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4108) wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) In § 15 Absatz 2 der Emissionshandelsverordnung 2020 vom 20. August 2013 (BGBl. I S. 3295), die zuletzt durch Artikel 115 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) In § 2 der Seeschiffbewachungsgebührenverordnung vom 12. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4110) wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) In § 60 des Waffengesetzes, das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 62 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) In § 47b Satz 1 des Sprengstoffgesetzes, das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 64 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
(6) In § 6 Absatz 3 der BG Verkehr-Gebührenverordnung, die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung vom 14. August 2014 (BGBl. I S. 1383) geändert worden ist, wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	(6) In § 6 Absatz 3 der BG Verkehr-Gebührenverordnung **vom 18. Juli 2013 (BGBl. I S. 2713),** die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung vom 14. August 2014 (BGBl. I S. 1383) geändert worden ist, wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.
(7) Die Artikel 2 und 7 Satz 2 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften zur Durchführung unionsrechtlicher Vorschriften zur Durchsetzung des Verbraucherschutzes vom 7. Januar 2015 (BGBl. I S. 2) werden aufgehoben.	(7) unverändert
(8) Die Artikel 8 und 11 Satz 2 des IT-Sicherheitsgesetzes vom 17. Juli 2015 (BGBl. I S. 1324) werden aufgehoben.	(8) unverändert
(9) Die Artikel 625, 626 und 627 Absatz 2 und 3 der Zehnten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) werden aufgehoben.	(9) unverändert
(10) In Artikel 11 Absatz 2 des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zur Durchführung von Sanktionsrecht der Vereinten Nationen und über die internationale Rechtshilfe auf Hoher See sowie zur Änderung seerechtlicher Vorschriften vom 25. November 2015 (BGBl. I S. 2095) wird die Angabe „14. August 2018“ durch die Angabe „1. Oktober 2021“ ersetzt.	(10) unverändert
(11) Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498) wird aufgehoben.	(11) unverändert
	(12) § 16 Absatz 2 der Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung vom 11. Januar 2016 (BGBl. I S. 77), die durch Artikel 4 Absatz 110 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird aufgehoben.
	Artikel 6
	Bekanntmachungserlaubnis
	Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft kann den Wortlaut des Marktorganisationsgesetzes in der vom ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 7 Absatz 1 dieses Gesetzes] an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Entwurf	**Beschlüsse des 4. Ausschusses**
Artikel *6*	**Artikel 7**
Inkrafttreten	**Inkrafttreten**
(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft.	(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
(2) Artikel 3 tritt am 1. Oktober 2019 in Kraft.	(2) Artikel 3 tritt am 1. Oktober 2019 in Kraft.
(3) Artikel 4 tritt am 1. Oktober 2021 in Kraft.	(3) Artikel 4 tritt am 1. Oktober 2021 in Kraft.

Bericht der Abgeordneten Oswin Veith, Gabriele Fograscher, Frank Tempel und Irene Mihalic

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 18/7988** wurde in der 164. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. April 2016 an den Innenausschuss federführend sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wurde gutachtlich beteiligt (Ausschussdrucksache 18(4)522).

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 74. Sitzung am 11. Mai 2016 die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung des Änderungsantrags auf Ausschussdrucksache 18(4)564 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat die Vorlage in seiner 81. Sitzung am 11. Mai 2016 abschließend beraten. Den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/7988 empfiehlt der **Innenausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 18(4)564 anzunehmen.

Zuvor wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 18(4)564 vom Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

IV. Begründung

Zur Begründung allgemein wird auf die Drucksache 18/7988 verwiesen. Die aufgrund des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 18(4)564 vom Innenausschuss vorgenommenen Änderungen begründen sich wie folgt:

Zu Artikel 3 Absatz 2 (BDBOS-Gesetz)

Die Regelung ist nicht mehr erforderlich, da eine entsprechende Normierung im Rahmen eines eigenständigen Gesetzgebungsverfahrens vorgesehen ist.

Zu Artikel 4 Absatz 78 (Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund von Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b und c der Zwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 8. April 2016 (BGBl. I S. 622).

Zu Artikel 4 Absatz 102 (Postgesetz)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Aufhebung der bisherigen Gebührenpflicht in § 18 Absatz 2 Satz 7 des Postgesetzes für die Streitbeilegungsverfahren ab dem 1. April 2016 durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und zur Durchführung der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254, 1039).

Zu Artikel 4 Absatz 104 – alt – (Telekommunikationsgesetz)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der beabsichtigten Regelung in Artikel 11 des Entwurfs eines Gesetzes zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (BR-Drs. 71/16) sowie der Aufhebung der bisherigen Gebührenpflicht in § 145 Satz 7 des Telekommunikationsgesetzes für die Streitbeilegungsverfahren ab dem 1. April 2016 durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und zur Durchführung der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254, 1039).

Zu Artikel 4 Absatz 111 – alt – (Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen)

Die Regelung ist nicht mehr erforderlich, da eine entsprechende Normierung im Rahmen eines eigenständigen Gesetzgebungsverfahrens vorgesehen ist.

Zu Artikel 4 Absatz 110 – neu – (Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung)

Die neue Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung (AnerkV) ist am 23. Januar 2016 in Kraft getreten und konnte noch nicht im Rahmen des vom Kabinett am 3. Februar 2016 beschlossenen Entwurfs berücksichtigt werden.

Es handelt sich um Folgeänderungen zu der im Bundesgebührengesetz vorgesehenen grundsätzlichen Bündelung der fachrechtlich geregelten Gebührentatbestände für Bundesbehörden in Besonderen Gebührenverordnungen nach § 22 Absatz 4 BGebG.

§ 15 und Anlage 3 AnerkV sind aufzuheben; der neue Regelungsstandort für diese Vorschriften ist eine Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Zu Artikel 4 Absatz 114 – alt – (Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln)

Die Regelung ist nicht mehr erforderlich, da eine entsprechende Normierung im Rahmen eines eigenständigen Gesetzgebungsverfahrens vorgesehen ist.

Zu Artikel 5 Absatz 12 (Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung)

§ 16 Absatz 3 AnerkV bestimmt, dass in Anknüpfung an Artikel 5 Absatz 3 des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes die Gebührenregelungen zum 14. August 2018 außer Kraft treten. Nummer 2 passt die Regelung des Artikels 5 Absatz 12 an Artikel 6 Absatz 3 an, nach dem der Zeitpunkt des Außerkrafttretens der genannten fachrechtlichen Regelungen vom 14. August 2018 auf den 1. Oktober 2021 verschoben wird.

Zu Artikel 6 (Bekanntmachungserlaubnis)

Eine Neubekanntmachung des Marktorganisationsgesetzes soll angesichts der seit der Bekanntmachung vom 24. Juni 2005 erfolgten Änderungen möglich sein.

Berlin, den 11. Mai 2016

Oswin Veith Berichterstatter	**Gabriele Fograscher** Berichterstatterin	**Frank Tempel** Berichterstatter

Irene Mihalic
Berichterstatterin



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333